



Forderungspapier der Waldbesitzer

Beitrag

Neue Bundesregierung muss gute Rahmenbedingen für Waldbesitzer schaffen – AGDW stellt Forderungspapier für die kommende Legislaturperiode vor / Zwei Millionen Waldeigentümer sind eine starke Stimme in der Gesellschaft

„Neun Forderungen an die Politik“ – die AGDW – Die Waldeigentümer hat jetzt ihre Forderungen an die Politik für die kommende Legislaturperiode veröffentlicht. Darin skizziert der Bundesverband die langfristigen Herausforderungen, vor denen die Waldeigentümer angesichts des Klimawandels stehen, sowie neun Kernforderungen, die der Verband an die künftige Bundesregierung adressiert. „Die fast zwei Millionen Waldeigentümer sind eine starke Stimme aus der Mitte der Gesellschaft“, sagte Hans-Georg von der Marwitz, Präsident der AGDW – Die Waldeigentümer. Sie verfügen über eine zentrale gesellschaftliche Ressource – über den Wald -, die sie mit ihrer nachhaltigen Bewirtschaftung über Generationen erhalten und pflegen.

So fordert der Verband, dass die Grundlagen des Generationsvertrages in der Forstwirtschaft angesichts des Klimawandels nicht gefährdet werden dürfen. Die neue Bundesregierung muss dafür Sorge tragen, dass für den Waldbesitz entsprechende wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit die Waldeigentümer diese wichtige Landnutzungsform angesichts zunehmender Extremwetterereignisse erhalten können. Wichtige Voraussetzungen dafür sind, dass Ökosystemleistungen wie die Klimaschutzleistung des Waldes honoriert würden, damit der Wald als Multitalent – als Klimaschützer, Sauerstoffproduzent und Holzlieferant, als Erholungsort und Lebensraum für Tiere und Pflanzen – auch in Zukunft erhalten bleibt. Ein zentrales Thema für die Waldeigentümer ist die Vorfahrt für den Rohstoff Holz, die Holzverwendung muss etwa im Bausektor deutlich gesteigert werden. Damit auch künftige Generationen über ausreichend heimisches Holz verfügen, muss die Waldbewirtschaftung mit einer breiten, standortgerechten Baumartenwahl abgesichert werden. Dazu zählt auch die Einbeziehung von nichtheimischen Laub- und Nadelbaumarten. „Des Weiteren müssen die Instrumente zur Krisenbewältigung novelliert werden“, so der Präsident. Die Reform des Forstschäden-Ausgleichsgesetzes etwa zählt dazu wie auch die Etablierung eines notifizierten Katastrophenfonds, damit die Hilfen im Katastrophenfall schnell auf die Fläche gelangen.

Das Gros der Waldbesitzer in Deutschland zählt zum Kleinprivatwald: Im Durchschnitt verfügt ein Waldbesitzer über drei Hektar. Daher zählt die Stärkung des Kleinprivatwaldes und die bessere Ausstattung der Forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse als wichtigste Partner zu einer weiteren zentralen Forderung der AGDW. Darüber hinaus richtet die AGDW auch eine Forderung an Brüssel: Die *EU Forest Strategy 2050* muss sich auf Zielsetzungen mit Umsetzungsregeln beschränken, so dass die EU-Mitgliedstaaten ihre nationalen Waldstrategien entwickeln können, heißt es. Wichtig sei darüber hinaus, dass europäische Vorgaben im Wald subsidiär umzusetzen seien, um den regionalen Standortanforderungen von Wald und Mensch gerecht zu werden.

Das aktuelle Papier mit den neun Forderungen finden Sie hier: <http://bit.ly/AGDW-Forderungen>

Bericht: Waldbesitzerverband

Foto: Hötzelsperger



Kategorie

1. Land- & Forstwirtschaft

Schlagworte

1. Bayern
2. Berlin
3. München-Oberbayern
4. Waldbesitzer